

Mitteilung Nr. MIT-FS 65/2025 - Tischvorlage		
zur Anfrage Nr. nach § 39 GOSTVV der Stadtverordneten der Fraktion vom	FS-65/2025 Elena Schiller BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN + P 01.09.2025	
Thema:	Ungewollt Schwangere	
Beratung in öffentlicher Sitzung:	ja	Anzahl Anlagen: 0

I. Die Anfrage lautet:

In der aktuellen ELSA-Studie zu Erfahrungen und Lebenslagen ungewollt Schwangerer wird unter anderem berichtet, dass ca. 80% der Betroffenen Stigmatisierung im Zusammenhang mit Schwangerschaftsabbrüchen erleben und dass es an rechtlichen wie medizinischen Informationen im digitalen Raum mangelt.

Wir fragen den Magistrat:

1. Wie bewertet der Magistrat die Wichtigkeit von umfassender Aufklärung zum Thema Schwangerschaftsabbrüche, um Betroffene in Bremerhaven vor Stigmatisierung zu schützen?
2. Wie bewertet der Magistrat die Zugänglichkeit entsprechender Informationen für Betroffene in Bremerhaven?
3. Welche Handlungsbedarfe leitet der Magistrat aus dieser Einschätzung ab?

II. Der Magistrat hat am 03.09.2025 beschlossen, die obige Anfrage wie folgt zu beantworten:

Zu Frage 1:

Eine umfassende Aufklärung zum Thema Schwangerschaftsabbrüche wird als hoch bewertet. Eine klare, faktenbasierte und empathische Aufklärung ist essenziell um die Entscheidungsfreiheit der Betroffenen zu stärken und Unsicherheiten abzubauen

Zu Frage 2:

Die Zugänglichkeit an Informationen für Betroffene sind über die Fachärzt:innen der Gynäkologie und insbesondere durch das Beratungsangebot von „pro familia“ gegeben und wird seitens des Magistrats als ausreichend bewertet.

Zu Frage 3:

Ein Handlungsbedarf wird seitens des Magistrats nicht gesehen.

Im Übrigen wird darauf verwiesen, dass § 8 Abs. 1 des Gesetzes zur Vermeidung und Bewältigung von Schwangerschaftskonflikten vorsieht, dass die Länder ein ausreichendes Angebot wohnortnaher Beratungsstellen und den ungehinderten Zugang zu diesen sicherzustellen hat.